

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 4 (1924-1925)
Heft: 7

Artikel: Ein Beitrag zur "Einheitsfront"
Autor: Dürr, Karl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-328925>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Beitrag zur „Einheitsfront“.

Von Karl Dürr.

Auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei vom 15./16. August 1919 in Basel wurde mit großer Mehrheit der Anschluß an die III. Internationale beschlossen. Dem Beschluß ging eine heiße Debatte voraus, wie denn diese Frage überhaupt den ganzen Parteitag beherrschte. Der Beschluß des Parteitages wurde später von der Parteimitgliedschaft mit der gleichen Mehrheit verworfen.

Am Parteitag vom 10. bis 12. Dezember 1920 wurde der Eintritt in die III. Internationale erneut behandelt, aber schon auf dem Parteitag selber abgelehnt, und zwar wesentlich unter dem Eindruck der sogenannten „21 Punkte“. Obschon vorher eine Kommunistische Partei in der Schweiz gegründet worden war, datiert doch die eigentliche Spaltung von diesem Parteitag her. Ihr äußerliches Merkmal war der Auszug der Anhänger der III. Internationale nach dem „Du Pont“.

Der Parteitag bestätigte dann noch den Beschluß des Parteivorstandes vom 18. April 1920, der besagt: „... Wer der Kommunistischen Partei angehört oder absichtlich ihre gegen Partei oder Gewerkschaften gerichteten Bestrebungen fördert, ist unter Hinweis auf Art. 12 der Parteistatuten aufzufordern, zwischen der Zugehörigkeit zu den Kommunisten oder zu der Sozialdemokratischen Partei zu wählen und je nach seinem Verhalten aus der Sozialdemokratischen Partei auszuschließen oder nicht.“

Die Sozialdemokratische Partei ihrerseits gehörte dann bis zur Neugründung der Sozialistischen Arbeiterinternationale der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien an. Mit deren Auflösung hörten die internationalen Beziehungen auf und die Partei nahm gegenüber den internationalen Bestrebungen eine abwartende Haltung ein.

Die neue Kommunistische Partei, ein Produkt der Spaltung, stellte ihre Propaganda von allem Anfang an auf das Zeichen der „Einheitsfront“ ein. So widersinnig das auch erschien, ist es doch verständlich, denn die Erwartungen der K. P.-Anhänger, daß größere Massen der Arbeiter zur neuen Partei abschwenken würden, erfüllten sich nicht. Wir sehen davon ab, alle die Versuche aufzuzählen, die unternommen wurden, um die Sozialdemokratische Partei, insbesondere aber den Gewerkschaftsbund unter den Einfluß der K. P. zu bringen. Tatsache ist jedenfalls, daß vor der Parteispaltung in allen irgendwie die Arbeiterinteressen berührenden Fragen eine „Einheitsfront“ bestand, ohne daß davon auch nur gesprochen wurde. Tatsache ist ferner, daß nach der Spaltung die Zusammenarbeit zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung außerordentlich gefährdet war. Die Sozialdemokratische Partei konnte sich mit dem Zustand, wie er nach der Parteispaltung eingetreten war, noch eher abfinden als die Gewerkschaften, denn in ihr war nach der Spaltung eine gewisse Konsolidierung eingetreten, sie konnte die Elemente, die das Parteiprogramm ablehnten, ohne weiteres abstoßen.

Anders in den Gewerkschaften, wo keinem Mitglied ein politisches Glaubensbekenntnis abverlangt werden kann und wo es geduldet werden mußte, daß innerhalb der Organisation nicht nur kommunistische Propaganda getrieben, sondern direkt kommunistische Parteiparolen zu verwirklichen versucht wurden.

Im Jahre 1919 fand in Amsterdam die Neukonstituierung des Internationalen Gewerkschaftsbundes statt. Auf Betreiben des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes wurden zu dem Amsterdamer Kongress auch die Russen eingeladen. Dies zu dem Zweck, um die neue Internationale möglichst umfassend zu gestalten. Die Russen erschienen nicht, sie beantworteten nicht einmal das Einladungsschreiben. Als jedoch der neue Internationale Gewerkschaftsbund konstituiert war, erließen sie im Sommer 1920 einen Aufruf an die Gewerkschaften aller Länder, der strotzte von maßlosen Beschimpfungen gegen den I. G. B. und in dem die Arbeiterschaft aufgefordert wurde, der unter der Regide der III. Internationale zu gründenden „Roten Gewerkschaftsinternationale“ beizutreten.

Die Verwirrung, die dadurch entstand, war in manchen Ländern unglaublich. So wurden in Deutschland, als es nicht gelang, die alten Gewerkschaften ins russische Lager hinüberzuziehen, neue Organisationen, „Unionen der Hand- und Kopfarbeiter“, „Verbände der Ausgeschlossenen“ usw. gebildet. In Frankreich traten eine Reihe von Verbänden aus der Confédération Générale du Travail aus und gründeten eine Confédération Générale du Travail Unitaire. In Italien schwankten die Gewerkschaften hin und her zwischen Moskau und Amsterdam. In der Tschechoslowakei wurde ebenfalls eine Sprengungsaktion durchgeführt, so daß auch dort zwei Landeszentralen bestehen, eine, die Amsterdam, und eine, die Moskau angeschlossen ist.

In der Schweiz gelang es mit Mühe und Not, die Einheit zu behaupten, nicht ohne daß aber auch hier Absplittierungsversuche in Szene gesetzt wurden. Die Austrittsbewegung bei den Metallarbeitern in Zürich hätte nicht den Umfang angenommen, wenn nicht von außen her kräftig nachgeholfen worden wäre. Es wäre auch möglich gewesen, beizeiten eine Verständigung zu erzielen, wenn man in den Kreisen der Kommunistischen Partei sich nicht der Illusion hingeeben hätte, daß der Stein nun „im Rollen“ und es nur eine Frage kurzer Zeit sei, daß die hauptsächlichsten Verbände im kommunistischen Lager ständen. Trotz dieses Zwischenspiels kann aber nicht behauptet werden, daß die Einheitsfrontparole der Moskauer für die Schweiz irgendwelche Bedeutung gehabt hätte. Alle die Aufrufe, die im „Basler Vorwärts“, im „Kämpfer“ und in der „Schaffhauser Arbeiterzeitung“ erschienen sind, rammten offene Türen ein, denn die gewerkschaftliche Einheit bestand in der Tat dank der im Gewerkschaftsbund beobachteten Taktik und die politische Einheitsfront war ja von den Kommunisten durch den „Auszug ins Du Pont“ selber zerschlagen worden.

Trotz der schweren und unqualifizierten Angriffe der R. P.-Presse kam es sogar in verschiedenen Fällen zu einer Zusammenarbeit. Wir erwähnen die Abstimmungskampagnen über die Lex Häberlin, die

Zollinitiative und den Artikel 41 des Fabrikgesetzes. Die „Einheitsfront“, die bei diesen Anlässen vorübergehend bestanden hat, wurde in den Berichten der „Internationale“ aus der Schweiz jeweils besonders hervorgehoben als Maßstab für die fortschreitende „Revolutionierung“ und den steigenden Einfluß von Moskau. Sie war natürlich nichts weniger als das. Sie war ein zeitweiliger Waffenstillstand, sie wurde eingegangen, weil die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften die Bundesgenossenschaft aller, auch der bürgerlichen Gruppen, im Interesse der Sache gerne annahmen. Bei der Einleitung von diesen Abstimmungsaktionen wurden von den Vertretern der R. P. jeweils feierliche Erklärungen des Inhaltes abgegeben, daß sie sich vorbehielten, in grundsätzlicher Beziehung eigene Wege zu gehen. Von dieser Grundsätzlichkeit und den eigenen Wegen war dann aber nicht viel spürbar. Die Propaganda in der R. P.-Presse unterschied sich kaum irgendwie von der der anderen Beteiligten. Eine weitere Feststellung, die nicht uninteressant ist, ist die, daß die R. P. in keinem einzigen Falle auch nur versuchte, die Führung einer Bewegung an sich zu reißen, trotzdem sie auf allen Gassen ausruft, sie sei die Avantgarde, die treibende Kraft, der Sauer- teig usw. Für die Schweiz trifft alles das kaum zu. Die R. P.-Presse hat sich bisher daraufbeschränkt, an der Sozialdemokratischen Partei und an den Gewerkschaften zersetzende Kritik zu üben und die Aufrufe und Parolen des Exekutivkomitees der III. Internationale fleißig abzudrucken.

War es in anderen Ländern anders? Wir glauben nicht. Die R. P.-Bewegung ist im Begriff, allenthalben ihren Kredit zu verlieren. So müssen neue Parolen gesucht werden. Nachdem es nicht gelungen ist, den I. G. B. zu zertrümmern, die Gewerkschaften mittelst der Zellen zu erobern, oder dort, wo man sich stark genug fühlte, durch Abspaltung die „Reformisten“ aufzureiben, soll der Aufbau der Kommunistischen Partei und die Taktik gegenüber dem I. G. B. geändert werden. An Stelle der bisherigen Mitgliedschaften sollen die Betriebszellen treten. Zwei Fliegen auf einen Schlag! Man erfaßt die Arbeiter am Arbeitsort und entgeht dem Vorwurf der Zellenarbeit. Nun, warten wir's ab. Nach unserer Ueberzeugung eignet sich diese importierte Methode für die Schweiz nicht.

Die Umstellung der Einheitsfrontparole datiert schon seit längerer Zeit. Sie wurde aber erst auf dem letzten Kongreß der R. I. eigentlich sanktioniert. Dort wurde die Parole ausgegeben, alle Sonderorganisationen abzubauen und den alten Gewerkschaften wieder beizutreten, und zwar in der Erkenntnis, daß die Spaltung auf der ganzen Linie zur Isolierung geführt hat. Ist unter diesen Umständen an die Niederwerfung auch des I. G. B. nicht zu denken, so mußte der Versuch unternommen werden, auf dem Verhandlungswege dieses Ziel zu erreichen.

Die Korrespondenz, die zwischen dem I. G. B. und der R. I. geführt wurde, läßt erkennen, daß es der R. I. weniger um ernste Verhandlungen, als um eine „Entlarvung“ der Tendenzen des I. G. B.

zu tun war. Der Vorstand des I. G. B. war daher der Meinung, es sei besser, nicht weiter zu diskutieren, bevor man sich in Moskau dazu bequeme, auf einen anständigen Brief eine anständige Antwort zu geben.

Der letzte internationale Gewerkschaftskongress in Wien war aber nicht der gleichen Auffassung. Die Engländer waren es insbesondere, die für die Weiterführung der Verhandlungen eintraten. Warum, das ist ein Rätsel! Denn Tatsache ist, daß die Engländer, die eine so große Liebe für Moskau bezeugten, in allen anderen Fragen sich reserviert und konservativ verhielten. Der Kongress beschloß, es solle, „soweit es seine Würde zulasse,“ der Vorstand mit Moskau weiterverhandeln. Dies geschah. Der Vorstand des I. G. B. stellte dabei die Bedingung, daß, bevor mündliche Verhandlungen stattfinden können, schriftliche Unterlagen dafür vorliegen müßten. Nach langem Zögern bequeme sich die R. I. am 23. Oktober 1924 zu einem schriftlichen Exposé. Darin wird gesagt:

Es handle sich um das Bestreben, alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Organisationen in einer einheitlichen Internationale zusammenzufassen.

Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung sei die Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes sowohl gegen die Offensive des Kapitals als auch die faschistische Reaktion und die ganze kapitalistische Gesellschaftsordnung.

Das zweckmäßigste Mittel zur Schaffung der Einheit sei die Einberufung eines gemeinsamen allgemeinen Kongresses, eines Weltarbeiterkongresses.

Die wichtigste Grundlage der Bestrebungen der Gewerkschaften sei die Erkenntnis der unüberbrückbaren Widersprüche zwischen den Interessen der Arbeit und des Kapitals. Diese Erkenntnis mache einen Kampf bis aufs Messer zur endgültigen Vernichtung des kapitalistischen Systems nötig.

Die Vorschläge der R. I. lauteten deshalb wie folgt: Aufgabe jeglicher Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, gemeinsamer nationaler und internationaler Kampf der Arbeiter und ihrer Organisationen gegen das Weltkapital.

Man wird nicht behaupten wollen, daß der Inhalt dieses Schreibens eine brauchbare Unterlage für Verhandlungen bietet. Die Leiter der R. I. kamen auch hier über ein paar Phrasen nicht hinaus. Es ist ihnen weniger um die Verständigung zu tun, als um einen Kongress, der die Einheitsfrontpropaganda in ihrem Sinne neu aufzublasen imstande wäre. Jedem mit Organisationsfragen einigermaßen vertrauten Genossen ist es klar, daß eine Verständigung zwischen Moskau und Amsterdam nicht mit einem gemeinsamen Kongress eingeleitet werden kann. Oder hat schon jemals eine Fusion mit einem gemeinsamen Kongress begonnen? Erst muß versucht werden, eine gemeinsame Basis zu finden, sich auf ein gemeinsames Programm zu verständigen. Ist es so weit, so nehmen die Kongresse der beiden Lager zu dem Verhandlungsergebnis Stellung. Haben beide Kongresse dem Verhand-

lungsergebnis zugestimmt, so kann die gemeinsame Arbeit beginnen. Nach den bisher mit Moskau gemachten Erfahrungen braucht man sich gar nicht darüber zu wundern, daß die Russen den umgekehrten Weg einschlagen wollen. Wir werden ihnen jedoch auf diesem Weg nicht folgen, denn es ist unsere vollendete Ueberzeugung, daß die R. I. gar nicht die Absicht hat, ernstlich zu verhandeln.

Nun haben in der letzten Zeit anlässlich einer Delegation von englischen Gewerkschaften nach Rußland verschiedene Rundgebungen die Presse beschäftigt, die vermuten lassen, es sei zwischen der englischen Delegation und den Vertretern der R. I. bereits eine Verständigung angebahnt. Es solle ein russisch-englisches Verständigungskomitee eingesetzt werden. Ob das stimmt, wissen wir nicht. Es berührt uns zunächst auch nicht. Wenn die Engländer ein solches Komitee einsetzen wollen, ist das ihre Sache. Insbesondere, als sie es fertig bringen, mit den Russen zu verhandeln und gleichzeitig die Kommunisten in ihren eigenen Reihen kaltzustellen, wie auch gemeinsame Rundgebungen mit den Kommunisten im eigenen Land abzulehnen.

Anfangs Februar findet in Amsterdam eine Sitzung des Verwaltungsrates des I. G. B. statt, an der Klarheit geschaffen wird. Bereits hat sich eine Reihe von Landeszentralen kategorisch gegen die Abhaltung eines Weltkongresses ausgesprochen.

In der Kommunistenpresse geht man im Zusammenhang mit der angeblichen Bereitwilligkeit der Engländer, einen Weltkongress abzuhalten, auch mit Berichten der englischen Delegation über die Zustände in Rußland hausieren. Diese Berichte besagen für oder gegen die Sache gar nichts. Es wird kein Mensch daran zweifeln, daß in Rußland in den letzten Jahren Verschiedenes besser geworden ist. Das wäre auch gar zu traurig, wenn es anders wäre. Aber eine Frage ist, ob es kommunistischer oder kapitalistisch geworden ist und nach welcher Richtung sich die Dinge weiter entwickeln. Und eine weitere Frage ist es, ob und wie sich die Gewerkschaften betätigen und wie die Opposition in Rußland von den Machthabern behandelt wird. Darüber, wie über die „freundschaftlichen Beziehungen“ der kommunistischen Regierung in Rußland zu den kapitalistischen Regierungen der übrigen Länder, die wir bis aufs Messer bekämpfen sollen, wird auch gesprochen werden müssen.

Zu guter Letzt stellen wir fest, daß das internationale Problem der Einheitsfront uns gegenwärtig nicht sehr stark berührt. Auch dann, wenn die R. I. und der I. G. B. sich vereinigen, würde sich in der Schweiz kaum etwas ändern. Unsere Kraft beruht auf den Arbeiterbataillonen, die wir in der Schweiz zu mustern vermögen, und nicht auf den Resolutionen Amsterdams oder Moskaus.

Die „Einheitsfront“, beruhend auf einer Verständigung von Moskau und Amsterdam, würde auch am politischen Kampf zwischen der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz gar nichts ändern, es sei denn, eine der Parteien würde die Segel streichen. Daß das die Sozialdemokratische Partei nicht sein wird, ist nach Lage der Dinge klar.

Erwägt man alle Umstände, so muß man zum Schluß kommen, daß die Frage der „Einheitsfront“ für die Schweiz in gewerkschaftlicher Beziehung nicht besteht, daß sie in politischer Beziehung sich in absehbarer Zeit auf natürlichem Wege lösen wird und daß sie international für uns nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist. Sie könnte ohne Schaden aus Abschied und Traktanden fallen.

Eine vorbildliche Jugendorganisation.

Von Dr. Emma Steiger.

In Holland besteht eine sozialistische Jugendbewegung, die wert ist, auch bei uns bekannt zu werden. Sie umfaßte am 1. Januar 1924 in 73 Ortsgruppen (jetzt sind es schon 82) 4068 männliche und 3092 weibliche, zusammen 7160 Mitglieder und 1771 direkt der Zentrale angeschlossene Gewerkschaftsaspiranten. Die meisten dieser Jugendlichen finden einen großen Teil ihrer Fortbildung, wie die schönsten Stunden jugendlicher Lebensfreude im Kreise ihrer Jugendgenossen. Als Ziel der Jugendbewegung gilt die körperliche, geistige und sittliche Erziehung der reiferen Arbeiterjugend. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß die Proletariatskinder in einem Alter ins Erwerbsleben hinausgestoßen werden, in dem sie noch der Führung bedürfen. In Holland wurde sogar leztthin die Beendigung der obligatorischen Schulpflicht vom vollendeten 13. auf das 12. Lebensjahr zurückverlegt. Die sogenannte Erziehung durch die Lehrmeister läuft bestenfalls auf eine Berufsschulung hinaus, die auf die Bedürfnisse des aufstrebenden jungen Lebens und die Schwierigkeiten der Entwicklungsjahre keine Rücksicht nimmt. Auch die Eltern haben meist weder Zeit noch Verständnis für die Entwicklung ihrer älteren Kinder, sind zu deren alleiniger Erziehung auch deswegen nicht geeignet, weil es ihnen besonders schwer fällt, den jungen Menschen nicht mehr als Kind zu behandeln, sondern seiner werdenden, suchenden und gerade deswegen so empfindlichen Persönlichkeit die nötige Selbständigkeit einzuräumen.

Zwei Broschüren von Roos Borrink: „Doel en Wezen van de Arbeidersjengdbeweging“ und „De N. J. C. als deel der moderne Arbeidersbeweging“ geben Aufschluß über die grundsätzliche Einstellung der sozialistischen Jugendbewegung in Holland. Diese vertritt die Auffassung, daß eine Erziehung, eine wirkliche Charakterbildung der jungen Menschen am besten im Kreise Gleichaltriger und vor allem im Dienste eines großen Ideals erfolgen kann. Ein solches Ideal gibt der Entwicklung wertvoller persönlicher Eigenschaften erst einen tieferen Sinn. Das Ideal sozialer Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit, das im Streben nach einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zum Ausdruck kommt, gibt die Richtung an, in der die jungen Menschen zum Gemeinschaftsleben erzogen und für die gesellschaftliche Aufgabe der Befreiung der Arbeiterklasse geschult werden.

Das Verhältnis der Jugendbewegung zur gesamten Arbeiterbewegung hat sich vielfach gewandelt, bis die heutige glückliche Lösung